

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XVII
 Erster Teil	
Allgemeine Grundlagen	
Erstes Kapitel: Die anlagenrechtliche Polizeiverfügung: Eine Einführung	1
I. Problemstellung	1
II. Grundzüge des Anlagenrechts	5
A. „Anlagenrecht“	5
1. Definition und Beispiele	5
2. Zum sachlichen Geltungsbereich des Anlagenrechts	10
B. Aufgaben und Mittel des Anlagenrechts	16
1. Zur Struktur von Eingriffstatbeständen	16
2. Aufgaben	17
3. Mittel	21
III. „Polizeiverfügung“	28
A. Polizeiverfügung als „wissenschaftlicher Begriff“	28
1. Definition und Beispiele	28
2. Hilfsmittel einer funktionellen Betrachtungsweise	33
B. Die Polizeiverfügung als Rechtsinstitut	37
C. Polizeiverfügung und Polizeirechtsverhältnis	40
 Zweites Kapitel: Rechtsdogmatische Voraussetzungen	 46
I. Rechtsdogmatik als angewandte Sprachtheorie	46
A. Recht als Sprachspiel	46
B. Sprachtheoretische Grundbegriffe	49
1. Das „semiotische Dreieck“: Zeichen - Begriff - Gegenstand	49
2. Weitere sprachtheoretische Grundbegriffe	52
a) Arten von Begriffen	53
b) Bedeutungsgleichheit und Bedeutungsgegensatz	57
c) Mehrdeutigkeit	59
d) Vagheit	61
e) Abgrenzungen	62
II. „Bedeutung“	65
A. Juristische Auslegung und „Sprachgebrauch“	65
B. Bedeutung als Gebrauchsbeschreibung	66
C. Bedeutung als das Ergebnis von Sprechakten und von Sprachkompetenz	71

VIII Inhaltsverzeichnis

Seite

III. Normbedeutung, Tatsachenkenntnis und Normanwendung	78
A. Präzisierung, Beweis und Subsumtion als Elemente juristischen Entscheidens	78
B. Subsumtionsmodell und Entscheidungsbegründung	82
C. Die Abgrenzung zwischen Rechtsfragen und Tatfragen im Verwaltungsrecht	88
Drittes Kapitel: Gefahrenabwehr als Staatszweck und Polizeiaufgabe	98
I. Gefahrenabwehr und Allgemeine Staatslehre (Staatszwecklehre)	99
A. Präpositive Staatszwecke und positives Recht	99
B. Der Sicherheitszweck als Auftrag zum Schutz eines Gesellschafts- vertrages über die Nutzung der Technik	101
1. Zum Modell eines Gesellschaftsvertrages über die Nutzung der Technik	101
2. Der Sicherheitszweck als staatsbegründendes und staats- begrenzendes Argument	106
II. Gefahrenabwehr und materieller Polizeibegriff	112
A. Anlagenrecht und „politische Verwaltung“	112
1. Zur Entstehung des Anlagenrechts	112
2. Aufgabenstellung der „politischen Verwaltung“	117
B. Materieller Polizeibegriff und ältere Verwaltungsrechtslehre	121
1. Von der Polizeywissenschaft zur Polizeirechtslehre	121
2. Polizei als Gefahrenabwehr	123
3. Andere Auffassungen	125
C. Merkmale des materiellen Polizeibegriffes	128
1. Die Polizeifrage als Aufgabe der Rechtsdogmatik	128
2. Merkmale des materiellen Polizeibegriffes	131
3. Polizeirechtliche Prämissen der Gefahrenabwehr im Anlagenrecht	134
 Zweiter Teil	
Verfassungsrechtliche Aspekte	
Viertes Kapitel: Verfügungsvorbehalt und Kompetenzverteilung	139
I. Zur bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	139
II. Kompetenzrechtliche Anknüpfungspunkte für die Gefahrenabwehr im Anlagenrecht	141
A. „Querschnittsmaterie“	141
1. Zum Kompetenzrechtsbegriff „Angelegenheit“	142
2. „Weder-Noch-Regelung“ und „komplexer Begriff“	144
B. „Verwaltungspolizei“	146
1. Zur kompetenzrechtlichen Gleichsetzung von Gefahrenabwehr und Verwaltungspolizei	146
2. Grenzen der kompetenzrechtlichen Gleichsetzung von Gefahrenabwehr und Verwaltungspolizei	150
C. Kompetenzbegründende Argumente	152
1. Gefahrenquelle-Kompetenzen	153
2. Schutzgut-Kompetenzen	155

D.	Kompetenzbegrenzende Argumente	156
1.	Selbstbegrenzung	156
2.	Konkurrenzverbot	157
3.	Materienspezifische Maßnahmen	161
E.	Landeszuständigkeiten	162
III.	Zum Berücksichtigungsprinzip als kompetenzrechtlicher Ansatz für umfassende Gefahrenabwehr	167
A.	Abschied vom Gesichtspunkteprinzip?	167
B.	Regelungskonkurrenzen im Spannungsverhältnis von Konzentrations- bemühungen und Berücksichtigungsprinzip	170
	Fünftes Kapitel: Verfügungsvorbehalt und Legalitätsprinzip	177
I.	Zum Legalitätsprinzip	176
A.	Legalitätsprinzip und Gewaltentrennung	176
B.	Wesentlichkeitsgebot	179
1.	Bestimmtere und weniger bestimmte Tatbestände	179
2.	Kriterien der „Wesentlichkeit“	180
3.	Erfüllbarkeit des Wesentlichkeitsgebotes	184
II.	Anforderungen des Legalitätsprinzips an anlagenrechtliche Eingriffstatbestände	188
A.	Determinierungspflichtige Aspekte der Eingriffstatbestände	188
B.	Zum Spannungsverhältnis zwischen Legalitätsprinzip und Gefahrenabwehr	190
C.	Polizeigewalt oder Legalitätsprinzip	192
1.	Polizeigewalt und Untertanenpflicht	192
2.	Großzügige und handliche Blankettnormen	194
3.	Unbestimmtheit als Natur der Sache	196
4.	Exakte Grenzen	198
5.	Legalitätsprinzip statt Polizeigewalt	200
	Sechstes Kapitel: Verfügungsvorbehalt und Grundrechte	203
I.	Grundrechte als verfassungsrechtliche Determinanten von „Eingriffen“	203
A.	Zur materiellen und formellen Komponente von Grundrechts- positionen	203
B.	Grundrechtseingriff	206
1.	Materieller und formeller Eingriffsbegriff	206
2.	Nominalität - Intentionalität - Wirkung	209
3.	Eingriff und Ausgestaltung	216
II.	Anlagenrechtliche Gefahrenabwehr als Grundrechtseingriff	218
A.	Arten von zulässigen Grundrechtsbeschränkungen	218
B.	Verhältnismäßigkeit	224
C.	Gefahrenabwehr als öffentliches Interesse	228
1.	Verfassungsrechtliche Grenzen der risikopolitischen Gestaltungsfreiheit	228
2.	Öffentliches Interesse und Gestaltungspflicht	231
III.	Zum Grundrechtsanspruch auf anlagenrechtliche Gefahrenabwehr	233
A.	Schutzpflcht als Verbot unzulässiger „Gefährdungsurlaubnisse“	233
B.	Eingriffsgleiche Grundrechtsgefährdung	239
C.	„Gefährdungsurlaubnisse“ als zulässige Grundrechts- beschränkungen	241

Dritter Teil

Gefahr als Tatbestandselement im Anlagenrecht

Siebentes Kapitel: Die drei Ursachen für problematische

Gefahrenurteile	243
I. Die „Gefahr“ in der Diskussion um Bindung und Ermessen im Verwaltungsrecht	243
A. Das Unbestimmtheitsproblem - verwaltungsrechtlich betrachtet	243
B. Meinungsstand	249
1. Bernatzik-Tezner-Kontroverse	249
2. Vom Beurteilungsspielraum	253
3. Das Drei-Bereiche-Modell	258
C. Zur „Unbestimmtheit“ des Unbestimmtheitsproblems	262
II. Die Mehrdeutigkeit des Wortes /Gefahr/	264
III. Die Vagheit des Begriffes „Gefahr“	268
A. Unbestimmte Rechtsbegriffe als Vagheitsproblem	268
1. „Neutrale Kandidaten“	268
2. Unvollständigkeit und/oder Ungenauigkeit der Erfüllungs- bedingungen	269
3. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Bedeutungszweifel	271
B. Vagheit als typische Eigenschaft normaler Sprachen	274
1. Vagheit und Exaktheit	274
2. Ursachen für Vagheit	277
a) Verwendungsregeln mit Handlungsaufforderungen	277
b) Unkenntnis des Sprachgebrauches	280
c) Verdeckte Mehrdeutigkeit	281
d) Abstraktheit und Vagheit	283
C. Vagheit und Entscheidungsbegründung	284
1. Vagheit und Subsumtionsmodell	284
2. Zur Entscheidungsbegründung bei neutralen Kandidaten	285
a) Interne Rechtfertigung (Schlüssigkeit)	285
b) Subsumtionsfeststellungen	286
c) Externe Rechtfertigung (Richtigkeit)	287
d) Bindung, Ermessen und mögliche Fehler im Rechts- fragenbereich	290
IV. Die Erkennbarkeit des Sachverhaltes >Gefahr<	292

Achstes Kapitel: Sprechaktsbedingungen der anlagenrechtlichen

Gefahrenbeurteilung	296
I. Gefahrenbegriff und Familienähnlichkeit	296
II. Der Gefahrenbegriff im allgemeinen Sprachgebrauch	298
A. Wörterbuchumschreibungen	298
B. Merkmale	301
C. Verwendungsform	303
III. Der Gefahrenbegriff im juristischen Sprachgebrauch	306
A. Allgemeiner und juristischer Sprachgebrauch	306
B. Zur Funktion des verwaltungspolizeilichen Gefahrenbegriffes	311
C. Der strafrechtliche und der zivilrechtliche Gefahrenbegriff	317
1. Zur Funktion des Gefahrenbegriffes im Strafrecht	317
2. Zur Funktion des Gefahrenbegriffes im Zivilrecht	322

IV. Das Verfassungsrecht als Sprechaktbedingung des Anlagenrechts	328
A. „Verfassungskonforme Interpretation“	328
B. Zur verfassungskonformen Interpretation von anlagenrechtlichen Eingriffstatbeständen	330
1. Kompetenzkonforme Interpretation	330
2. Rechtsstaatskonforme Interpretation	332
 Neuntes Kapitel: Die Merkmale des anlagenrechtlichen Gefahrenbegriffes	336
I. Normalzustand	336
A. Der Normalzustand als hinzunehmende Grundbelastung	336
B. Zu Aspekten des Normalzustandes	339
1. Beeinträchtigungslosigkeit	339
2. Normative Festlegung und tatsächliche Verhältnisse	340
3. Normalzustand und komparativer Gefahrenbegriff	345
C. Abweichungen vom Normalzustand	347
II. Gefahrenquelle	352
A. Die Gefahrenquelle als Ursache des drohenden Schadens	352
B. Aspekte der Gefahrenquelle	357
III. Beurteilungshorizont	361
A. Der Beurteilungshorizont als Standort der Gefahrenbeurteilung	361
B. Zum anlagenrechtlichen Beurteilungshorizont	363
1. Objektiv und umfassend	363
2. „Behördenklugheit“	367
3. Beurteilungshorizont und funktionelle Zuständigkeit	369
IV. Wahrscheinlichkeit	372
A. Die Wahrscheinlichkeit als Maß des Drohens von Schäden	372
B. Erwartungen, Berechnungen, Befürchtungen	373
1. Quantitative und qualitative Wahrscheinlichkeitsurteile	373
2. Dispositionssätze	376
V. Schadensverlauf	381
A. Der Schadensverlauf als Kausalzusammenhang zwischen Gefahrenquelle und Schutzgut	381
B. Zur Kausalität im Anlagenrecht	383
1. Kausalität als notwendige Bedingung möglicher Schädigung	383
2. Beschränkung auf typische Schadensverläufe?	386
3. Doppelkausalität	389
VI. Schutzgut (Schaden)	392
A. Das Schutzgut als schadensbedrohtes Rechtsgut	392
B. Zum „Schaden“ als Merkmal des anlagenrechtlichen Gefahrenbegriffes	394
1. Der polizeirechtliche Schaden als positiver und realer Schaden	394
2. Leben und Gesundheit als Schutzgut im Anlagenrecht	398
a) Zum Gesundheitsbegriff	398
b) Gesundheitsschädigung als Funktionsstörung	400
c) Gesundheitsschutz als Schutz einer Maßfigur?	402
VII. „Sicherheit“	405

Zehntes Kapitel: Die Behandlung von problematischen Gefahrenurteilen ...	407
I. Möglichkeiten der Disambiguierung von mehrdeutigen Gefahrenbezeichnungen	407
A. Disambiguierung	407
B. Überblick der anlagenrechtlichen Gefahrenarten	409
C. Abstrakte Gefahr - konkrete Gefahr	414
1. Semiotische Charakteristik	414
2. Juristische Bedeutung	416
a) Anlagenrechtliche Verwendung	416
b) Unterschiedliche Begründungsanforderungen	420
c) Gefahrenarten als Mittel zur Abstufung der Gefahrenabwehr	422
II. Möglichkeiten der Präzisierung des Gefahrenbegriffes	424
A. Externe Rechtfertigung und präiterative Vagheit	424
B. Wissenschaftlich-technische Beratung	429
1. Erfahrungswissen, Unkenntnis und Verweisung	429
2. Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlich-technischen Beratung	431
a) „Behördenklugheit“ und Erfahrungswissen	431
b) Anlagenrechtliche Ansätze zur Regelung der wissenschaftlich-technischen Beratung	433
c) Grenzen der wissenschaftlich-technischen Beratung	439
C. Rekonstruktion der risikopolitischen Entscheidung des Gesetzgebers	440
1. Wertwissen, Wertung und Rekonstruktion	440
2. Möglichkeiten und Grenzen der risikopolitischen Rekonstruktion	442
D. Allgemeine Prinzipien	444
E. „Gefahrenbezeichnung“	447
III. Möglichkeiten der Gefahrenkognition bei Beweisproblemen	448
A. Sachverhaltsfeststellung und Freiheit der Beweiswürdigung	448
B. Zum Gefahrenforschungseingriff	452

Vierter Teil

Die Polizeiverfügung als Instrument des Anlagenrechts

Elftes Kapitel: Arten von Polizeiverfügungen	457
I. Selbständige Polizeiverfügungen	457
A. Begriff und Funktion	457
B. Einzelfragen	464
1. Selbständige Polizeiverfügung und Normenkonflikte	464
2. Ist die Befolgung einer selbständigen Polizeiverfügung genehmigungspflichtig?	469
3. Zum Unterschied zwischen Konsenswidrigkeit und Konsenslosigkeit	473
4. Selbständige Polizeiverfügung und Alternativauftrag	474
5. Gibt es einen „allgemeinen Verfügungsvorbehalt“?	476
II. Unselbständige Polizeiverfügungen	478
A. Begriff und Funktion	478

	Seite
B. Einzelfragen	485
1. Zum Eingriffscharakter unselbständiger Polizeiverfügungen	485
2. „Bedingter Polizeibefehl“	488
3. Antragsgebundenheit - modifizierende Auflagen - „Wesen des Projektes“	492
4. Untrennbarkeitsthese, „gesetzesnahe Absprachen“ und Rechtsschutz	497
III. Nachträgliche Polizeiverfügungen	502
A. Begriff und Funktion	502
B. Einzelfragen	507
1. Zum Eingriffscharakter nachträglicher Polizeiverfügungen	507
2. Rechtskraftdurchbrechung	509
3. Nachträgliche Polizeiverfügung und Grundrechtsschutz	513
4. Nachträgliche Polizeiverfügung als „abweichende Regelung“ iS des Art 11 Abs 2 B-VG?	516
Zwölftes Kapitel: Polizeiverfügungen als Handlungsform	520
I. Polizeiverfügungen sind Rechtsnormen	520
A. Rechtsbegriff und Stufenbau-Modell	520
B. Normativität	522
1. Subjektiver Sinn des Befehls	523
2. Objektiver Sinn des Befehls	525
II. Polizeiverfügungen werden von Verwaltungsbehörden erlassen	528
A. Zum Organbegriff	528
B. Staatliche Rechtserzeugung	530
C. Vollziehung	532
D. Behördliche Zuständigkeit	534
III. Polizeiverfügungen sind verfahrensgebundene Verwaltungsakte	536
A. Hoheitlich	536
1. Vollziehung des öffentlichen Rechts durch einseitige Normerzeugung	536
2. Regelungsstechniken für Ermächtigungen zu hoheitlichem Handeln	537
3. Vertragsähnliche Elemente der Polizeiverfügung?	538
B. Außenwirkend	546
C. Individuell	549
1. Verordnung und Verwaltungsakt	549
2. Individualität und Wirkungserstreckung	551
D. Verfahrensgebunden	553
1. Polizeiverfügungen und Verfahrensrecht	553
2. Einschränkungen der Verfahrensgebundenheit	554
IV. Polizeiverfügungen dienen der Gefahrenabwehr und begründen Verhaltenspflichten	557
A. Ordnungs- und Eingriffsverwaltung	557
B. Polizeiverfügung und Verhaltenspflicht	560
1. Polizeiverfügung als Leistungsbescheid	561
2. Ergänzende Merkmale	564
a) Leistungsinhalt und Verfahrensordnung	564
b) Belastender Verwaltungsakt	565
c) Amtswegigkeit, Antrags- und Mitwirkungsbedürftigkeit	567
d) Vollstreckbarkeit	568

	Seite
Dreizehntes Kapitel: Polizeiverfügungen als Maßnahmen	571
I. Ansatzpunkte für gefahrenabwehrende Maßnahmen	571
A. Gefahrenabwehr als gesetzgebundene Sozialgestaltung	571
B. Gefahrenabwehr und Gefahrenbegriff	575
1. Gefahrenabwehr als Umkehr der Gefahrenbeurteilung	575
2. Fördernde und hindernde Bedingungen	579
3. Grenzen für die Umkehr der Gefahrenbeurteilung	583
II. Kriterien für die Rechtmäßigkeit von gefahrenabwehrenden Maßnahmen	584
A. Gesetzesbindung	584
B. Verhältnismäßigkeitsprinzip	587
1. Zur Verhältnismäßigkeit von Polizeiverfügungen	587
2. Teilschritte der verwaltungsrechtlichen Verhältnis- mäßigkeitprüfung	592
C. Inhaltliche Determinierung durch zusätzliche Merkmale	601
D. Polizeiverfügungen und „Bestimmtheitsgebot“	604
Vierzehntes Kapitel: Polizeiverfügung, Polizeipflicht und Drittschutz	610
I. Vorbemerkung	610
II. Polizeipflichtige Personen	611
A. Kriterien der anlagenrechtlichen Polizeipflicht	611
1. Präzise Regelungen der Polizeipflicht	611
2. Vage Regelungen der Polizeipflicht	614
B. Polizeipflicht kraft Wirkungserstreckung	619
1. Rechtsnachfolge in Polizeipflichten	619
a) „Dingliche Wirkung“	619
b) Verfassungsrechtliche Grenzen der dinglichen Wirkung	623
2. Erweiterte Polizeipflicht	626
a) Erweiterte Polizeipflicht als Ausnahme von den sub- jektiven Grenzen der Bescheidwirkungen	626
b) Zur Rechtsstellung von Hausbewohnern gegenüber bau- polizeilichen Verfügungen	629
c) Kritik an der „versteckten Polizeipflicht“	633
C. Zur Polizeipflicht der staatlichen Rechtsträger	638
III. Polizeirechtlicher Drittschutz und subjektive Rechte	641
A. Problemstellung	641
1. Anspruch auf Erlassung von Polizeiverfügungen?	641
2. Die „Dritten“ im Polizeirechtsverhältnis	646
B. Zur Struktur subjektiver Rechte	648
C. Präzise Regelungen des polizeirechtlichen Drittschutzes	650
D. Vage Regelungen des polizeirechtlichen Drittschutzes	652
1. Randbedingungen der Argumentation	652
2. Zur Überwindung des Zivilrechts durch das Anlagenrecht	655
3. Effektivität des Grundrechtsschutzes	658
4. Kriterien für die Annahme subjektiver Rechte auf Drittschutz	660

Fünfter Teil

Abgrenzungen und Wechselbeziehungen

Fünfzehntes Kapitel: Polizeiverfügung und andere Aufgaben	666
I. Gefahrenabwehr und andere Eingriffsvoraussetzungen und -ziele	666
A. Abwehr anderer Gefahren	667
B. Ausnahmezustand als Problem der Verwaltungspolizei?	668
C. Belästigungsschutz	670
D. Gefahrenabwehr und „Restrisiko“	671
E. Beseitigung eingetretener Schäden	675
F. Gefahrenvorsorge („Gefahrenabwehr auf Vorrat“)	676
G. Gefahrenverdacht	679
H. Wohlfahrtspflege	680
II. Subsidiäre Polizeikompetenzen des Bundes?	683
A. Verwaltungspolizei und Sicherheitspolizei	684
1. Sicherheitspolizei als Abwehr „allgemeiner Gefahren“?	684
2. Sicherheitspolizei und Verfassungsrechtsentwicklung	689
3. Sicherheitspolizei als „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“	692
4. Sicherheitspolizei und anlagenbezogene Gefahrenabwehr	695
B. Verwaltungspolizei und Gesundheitswesen	699
1. Gesundheitswesen als „allgemeiner Schutz der Gesundheit“?	699
2. Gesundheitswesen als Schutz der Volksgesundheit	701
III. Verwaltungspolizei, Zivilrecht und Strafrecht	705
A. Verwaltungspolizei und Zivilrecht	705
1. Zur Abgrenzung zwischen öffentlichem und privatem Recht	705
2. Verwaltungsrechtliche Beschränkungen von Zivilrechts- befugnissen	710
3. Verwaltungsakte mit Zivilrechtsfolgen	716
4. Zivilrechtliche Gefahrenabwehr	719
5. Gefahrenabwehr und Schadenersatz	723
B. Verwaltungspolizei und Strafrecht	726
1. Strafe und verwaltungspolizeiliche Maßnahme	726
2. Strafrechtswesen als Formalzuständigkeit	729
Sechzehntes Kapitel: Polizeiverfügung und andere Handlungsformen	735
I. Abgrenzung von nichtnormativen Akten	735
A. „Schlichte Akte“	735
B. Wissenserklärungen	741
II. Abgrenzung von der Rechtserzeugung durch Private	745
A. Unmittelbare zivilrechtliche Abwehransprüche	747
B. Sonstige zivilrechtliche Ansprüche auf technische Sicherheit	752
III. Abgrenzung von der Rechtserzeugung durch den Gesetzgeber	756
IV. Abgrenzung von der Rechtserzeugung durch Gerichte	759
A. Verfassungsrechtliche Aspekte der Trennung zwischen Gerichtbarkeit und Verwaltung	760
B. Auswirkungen auf das Anlagenrecht	763
1. „Anlagenrecht“ als Verwaltungsrecht	763

	Seite
2. Sicherheitsansprüche zwischen Privaten und Zivilgerichtsbarkeit	764
3. Zivil- und verwaltungsrechtlicher Nachbarschutz	765
4. Zivilgerichtlicher Rechtsschutz gegen Polizeiverfügungen?	769
5. Zur Verwaltungszessorität des Strafrechts	775
V. Abgrenzung von der nichthoheitlichen Verwaltung	782
A. Hoheitsverwaltung - Privatwirtschaftsverwaltung	784
B. Erscheinungsformen der nichthoheitlichen Verwaltung im Anlagenrecht	794
VI. Abgrenzung von der Weisung	798
VII. Abgrenzung von der Verordnung	801
A. Präzisierende Durchführungsverordnungen	801
B. Polizeibefehl in Verordnungsform	803
VIII. Abgrenzung vom verfahrensfreien Verwaltungsakt	804
A. Verfahrensfreie Verwaltungsakte als „notpolizeiliche Handlungsreserve“	804
B. Verfassungsrechtliche Grenzen	807
C. Verfahrensfreie Verwaltungsakte als Instrument der Ortpolizei	810
Anhang	812
1. Die Polizeiverfügung im System der Gesamtrechtsordnung	812
2. Der Modelltatbestand einer anlagenrechtlichen Polizeiverfügung: Variationen und Vergleichstatbestände	813
3. Die Merkmale des Gefahrenbegriffes	816
4. Überblick von Verwendungsregeln, Erfüllungsbedingungen und „Erfüllungswerten“	817
Literaturverzeichnis	818
Stichwortverzeichnis	849